

Nation durch Zustimmung

Ursprünglich veröffentlicht im Journal of Libertarian Studies (Herbst 1994)

Murray N. Rothbard.

Libertäre neigen dazu, sich auf zwei wichtige Punkte der Analyse zu konzentrieren: Das Individuum und den Staat. Und doch war eines der dramatischsten und bedeutendsten Ereignisse unserer Zeit das Wiederauftreten - mit einem Knall - eines dritten und viel vernachlässigten Aspekts der realen Welt, der „Nation“, in den letzten fünf Jahren. Wenn überhaupt an die „Nation“ gedacht wird, dann meist in Verbindung mit dem Staat, wie im gängigen Begriff „Nationalstaat“, aber dieses Konzept greift eine besondere Entwicklung der letzten Jahrhunderte auf und erhebt sie zu einer universellen Maxime. In den letzten fünf Jahren haben wir jedoch als Folge des Zusammenbruchs des Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa einen lebhaften und erschreckend schnellen Zerfall des zentralisierten Staates oder angeblichen Nationalstaats in seine konstituierenden Nationalitäten gesehen. Die echte Nation oder Nationalität hatte ein dramatisches Wiedererscheinen auf der Weltbühne.

I. DAS WIEDERAUFLEBEN DER NATION

Die „Nation“ ist natürlich nicht dasselbe wie der Staat, ein Unterschied, den frühere Libertäre und klassische Liberale wie Ludwig von Mises und Albert Jay Nock sehr gut verstanden haben. Zeitgenössische Libertäre gehen oft fälschlicherweise davon aus, dass Individuen nur durch den Nexus des Marktaustauschs miteinander verbunden sind. Sie vergessen, dass jeder notwendigerweise in eine Familie, eine Sprache und eine Kultur hineingeboren wird. Jeder Mensch wird in eine oder mehrere sich überschneidende Gemeinschaften geboren, in der Regel einschließlich einer ethnischen Gruppe, mit spezifischen Werten, Kulturen, religiösen Überzeugungen und Traditionen. Er wird in der Regel in einem „Land“ geboren. Er wird immer in einen spezifischen historischen Kontext von Zeit und Ort hineingeboren, was Nachbarschaft und Landfläche bedeutet.

Der moderne europäische Nationalstaat, die typische „Großmacht“, begann gar nicht als Nation, sondern als „imperiale“ Eroberung einer Nationalität – in der Regel im „Zentrum“ des daraus entstandenen Landes und mit Sitz in der Hauptstadt – über andere Nationalitäten in der Peripherie. Da eine „Nation“ ein Komplex subjektiver Nationalitätsgefühle ist, die auf objektiven Realitäten basieren, hatten die imperialen Zentralstaaten unterschiedliche Erfolge darin, unter ihren unterworfenen Nationalitäten in der Peripherie ein Gefühl der nationalen Einheit zu schaffen, das die Unterwerfung unter das imperiale Zentrum beinhaltet. In Großbritannien haben die Engländer die nationalen Bestrebungen unter den abgetauchten keltischen Nationalitäten, den Schotten und den Walisern, nie wirklich ausgerottet, obwohl der kornische Nationalismus größtenteils ausgerottet zu sein scheint. In Spanien haben die erobernden Kastilier mit Sitz in Madrid es nie geschafft - wie die Welt bei den Olympischen Spielen in Barcelona gesehen hat (1992) - den Nationalismus unter den Katalanen, den Basken oder sogar den Galiciern oder Andalusiern auszulöschen. Die Franzosen, die von ihrer Basis in Paris aus vorrückten, haben die Bretonen, Basken und die Bevölkerung des Languedoc nie vollständig unterworfen.

Es ist jetzt bekannt, dass der Zusammenbruch der zentralisierenden und imperialen russischen Sowjetunion den Deckel auf die Dutzenden von zuvor unterdrückten Nationalismen innerhalb der ehemaligen UdSSR gelegt hat, und es wird jetzt klar, dass Russland selbst, oder besser gesagt „die Russische Föderierte Republik“, einfach eine etwas ältere imperiale Formation ist, in der die Russen, die von ihrem Moskauer Zentrum aus vorrückten, viele Nationalitäten, darunter die Tataren, die Jakuten, die Tschetschenen und viele andere, gewaltsam eingliederten. Ein Großteil der UdSSR stammte aus der kaiserlichen russischen Eroberung im neunzehnten Jahrhundert, in der es den kollidierenden Russen und Briten gelang, einen Großteil Zentralasiens aufzuteilen.

Die „Nation“ kann nicht genau definiert werden; sie ist eine komplexe und unterschiedliche Konstellation verschiedener Formen von Gemeinschaften, Sprachen, ethnischen Gruppen oder Religionen. Einige Nationen oder Nationalitäten, wie beispielsweise die Slowenen, sind sowohl eine eigenständige ethnische Gruppe als auch eine Sprache; andere, wie die kriegführenden Gruppen in Bosnien, gehören derselben ethnischen Gruppe an, sprechen dieselbe Sprache, unterscheiden sich jedoch in der Form ihres Alphabets und stehen sich in religiösen Fragen feindlich gegenüber (die orthodoxen Serben, die katholischen Kroaten und die bosnischen Muslime, die, um die Sache noch komplizierter zu machen, ursprünglich Anhänger der manichäischen Bogomilen-Häresie waren).

Die Frage der Nationalität wird durch das Zusammenspiel von objektiv existierender Realität und subjektiver Wahrnehmung komplexer. In einigen Fällen, wie den osteuropäischen Nationalitäten unter den Habsburgern oder den Iren unter den Briten, mussten Nationalismen, einschließlich untergetauchter und manchmal sterbender Sprachen, bewusst bewahrt, erzeugt und erweitert werden. Im 19. Jahrhundert wurde dies von einer entschlossenen intellektuellen Elite getan, die darum kämpfte, die Peripherien wiederzubeleben, die unter dem imperialen Zentrum lebten und teilweise von ihm absorbiert wurden.

II. DER TRUGSCHLUSS DER „KOLLEKTIVEN SICHERHEIT“

Das Problem der Nation wurde im 20. Jahrhundert durch den überwiegenden Einfluss des Wilsonianismus auf die US-amerikanische und weltweite Außenpolitik verschärft. Ich beziehe mich nicht auf die Idee der „nationalen Selbstbestimmung“, die hauptsächlich im Bruch nach dem Ersten Weltkrieg beobachtet wurde, sondern auf das Konzept der „kollektiven Sicherheit gegen Aggression“. Der fatale Fehler dieses verführerischen Konzepts ist, dass es Nationalstaaten analog zu einzelnen Aggressoren behandelt, mit der „Weltgemeinschaft“ in der Gestalt eines Wachmanns an der Straßenecke. Der Wachmann sieht zum Beispiel, dass A das Eigentum von B angreift oder stiehlt; der Wachmann eilt natürlich herbei, um das Privateigentum von B an seiner Person oder seinem Besitz zu verteidigen. In gleicher Weise wird angenommen, dass Kriege zwischen zwei Nationen oder Staaten einen ähnlichen Aspekt haben: Staat A dringt in Staat B ein oder „greift ihn an“; Staat A wird vom „internationalen Polizisten“ oder seinem mutmaßlichen Stellvertreter unverzüglich als „der Aggressor“ bezeichnet, sei es der Völkerbund, die Vereinten Nationen, der US-Präsident oder Außenminister oder der redaktionelle Autor der Augustausgabe der New York Times. Dann soll die Weltpolizei, wie auch immer sie aussehen mag, unverzüglich einschreiten, um das „Prinzip der Aggression“ zu stoppen oder den „Aggressor“, sei es Saddam Hussein oder die serbischen Guerillas in Bosnien, daran zu hindern, ihre mutmaßlichen Ziele zu erreichen,

nämlich den Atlantik zu durchschwimmen und alle Einwohner von New York oder Washington, D.C. zu ermorden.

Ein entscheidender Fehler in dieser populären Argumentationslinie geht tiefer als die übliche Diskussion darüber, ob amerikanische Luftstreitkräfte oder Truppen wirklich Iraker oder Serben ohne allzu große Schwierigkeiten ausrotten können. Der entscheidende Fehler ist die implizite Annahme der gesamten Analyse: dass jeder Nationalstaat sein gesamtes geografisches Gebiet auf die gleiche gerechte und angemessene Weise „besitzt“, wie jeder einzelne Eigentümer seine Person und das Eigentum besitzt, das er geerbt, für das er gearbeitet oder im freiwilligen Austausch erworben hat. Ist die Grenze des typischen Nationalstaates wirklich so gerecht und unanfechtbar wie Ihr oder mein Haus, mein Grundstück oder meine Fabrik?

Mir scheint, dass nicht nur der klassische Liberale oder der Libertäre, sondern jeder vernünftige Mensch, der über dieses Problem nachdenkt, diese Frage mit einem klaren „Nein“ beantworten muss. Es ist absurd, jeden Nationalstaat mit seinen selbsternannten Grenzen, wie sie zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehen, als irgendwie richtig und unantastbar zu bezeichnen, wobei jeder Staat seine „territoriale Integrität“ hat, die so makellos und unantastbar bleiben soll wie Ihre oder meine körperliche Unversehrtheit oder Ihr oder mein Privateigentum. Natürlich wurden diese Grenzen ausnahmslos mit Gewalt und Zwang oder durch zwischenstaatliche Vereinbarungen über die Köpfe der Einwohner hinweg festgelegt, und ausnahmslos verschieben sich diese Grenzen im Laufe der Zeit erheblich, sodass Proklamationen der „territorialen Integrität“ wirklich lächerlich erscheinen.

Nehmen wir zum Beispiel das aktuelle Chaos in Bosnien. Erst vor ein paar Jahren verkündete die Meinung des Establishments, die Meinung der Linken, der Rechten oder der Mitte, lautstark die Bedeutung der Aufrechterhaltung der „territorialen Integrität“ Jugoslawiens und verurteilte erbittert jegliche Sezessionsbewegungen. Nun, nur kurze Zeit später, verteidigt dasselbe Establishment, das noch vor kurzem die Serben als Verfechter der „jugoslawischen Nation“ gegen bösartige secessionistische Bewegungen verteidigte, die diese „Integrität“ zerstören wollten, verunglimpt nun die Serben und will sie vernichten wegen „Aggression“ gegen die „territoriale Integrität“ von „Bosnien“ oder „Bosnien-Herzegowina“, einer erfundenen „Nation“, die vor 1991 genauso wenig existierte wie die „Nation Nebraska“. Aber das sind die Fallstricke, in die wir zwangsläufig tappen, wenn wir uns weiterhin von der Mythologie des „Nationalstaats“ gefangen nehmen lassen, dessen zufällig entstandene Grenzen zum Zeitpunkt t als Eigentumsinhaber mit eigenen heiligen und unantastbaren „Rechten“ aufrechterhalten werden müssen – in einer zutiefst fehlerhaften Analogie zu den Rechten des Privateigentums.

Um eine hervorragende Strategie von Ludwig von Mises zur Abstraktion von zeitgenössischen Emotionen zu übernehmen: Nehmen wir zwei benachbarte Nationalstaaten an, „Ruritanien“ und „Fredonien“. Nehmen wir an, dass Ruritanien plötzlich in Ost-Fredonien eingedrungen ist und es für sich beansprucht. Müssen wir Ruritanien automatisch für seinen bösen „Akt der Aggression“ gegen Fredonien verurteilen und Truppen entsenden, entweder wörtlich oder metaphorisch, gegen die brutalen Ruritaner und im Namen des „tapferen, kleinen“ Fredonien? Keineswegs. Denn es ist sehr gut möglich, dass, sagen wir, vor zwei Jahren Ost-Fredonien Teil von Ruritanien war, ein tatsächliches West-Ruritanien, und dass die Rurs, die ethnischen und nationalen Bewohner des Landes, seit zwei Jahren gegen die fredonische Unterdrückung aufbegehren. Kurz gesagt, insbesondere in internationalen Streitigkeiten, in den unsterblichen Worten von W. S. Gilbert:

„Die Dinge sind selten so, wie sie scheinen, Magermilch verkleidet sich als Sahne.“

Der geliebte internationale Wachmann, sei es Boutros Boutros-Ghali oder US-Truppen oder der Redakteur der New York Times, hätte am besten mehr als zweimal nachgedacht, bevor er sich in den Kampf stürzte.

Die Amerikaner sind besonders ungeeignet für ihre selbsternannte Wilsonsche Rolle als Weltmoralisten und Polizisten. Der Nationalismus in den USA ist besonders neu und eher eine Idee, als dass er in langjährigen ethnischen oder nationalistischen Gruppen oder Kämpfen verwurzelt ist. Hinzu kommt, dass die Amerikaner praktisch kein historisches Gedächtnis haben, was sie besonders ungeeignet macht, sich in den Balkan einzumischen, wo für die meisten Konfliktparteien die Frage, wer im Krieg gegen die türkischen Invasoren im 15. Jahrhundert an welchem Ort auf welcher Seite stand, weitaus realer ist als das gestrige Abendessen.

Libertäre und klassische Liberale, die besonders gut gerüstet sind, um den gesamten verworrenen Bereich des Nationalstaats und der Außenpolitik zu überdenken, waren zu sehr in den Kalten Krieg gegen den Kommunismus und die Sowjetunion verwickelt, um sich mit grundlegenden Überlegungen zu diesen Fragen zu beschäftigen. Jetzt, da die Sowjetunion zusammengebrochen ist und der Kalte Krieg vorbei ist, werden sich die klassischen Liberalen vielleicht frei fühlen, neu über diese kritisch wichtigen Probleme nachzudenken.

III. SEZESSION NEU DENKEN

Erstens können wir die Schlussfolgerung treffen, dass nicht alle Staatsgrenzen gerecht sind. Ein Ziel für Libertäre sollte es sein, bestehende Nationalstaaten in nationale Einheiten umzuwandeln, deren Grenzen im gleichen Sinne als gerecht bezeichnet werden könnten, wie Grenzen des Privateigentums gerecht sind; das heißt, bestehende Zwangsnationalstaaten in echte Nationen oder Nationen durch Zustimmung zu zerlegen.

Im Fall der östlichen Fredonier zum Beispiel sollten sich die Bewohner freiwillig von Fredonien abspalten und sich ihren Kameraden in Ruritanien anschließen dürfen. Auch hier sollten klassische Liberale dem Impuls widerstehen, zu sagen, dass nationale Grenzen „keinen Unterschied machen“. Es ist natürlich wahr, wie klassische Liberale seit langem verkünden, dass je weniger staatliche Eingriffe es in Fredonien oder Ruritanien gibt, desto weniger Unterschied eine solche Grenze machen wird. Aber selbst unter einem minimalen Staat würden nationale Grenzen immer noch einen Unterschied machen, oft einen großen für die Bewohner der Gegend. Denn in welcher Sprache - ruritanisch oder fredonisch oder beides? - werden die Straßenschilder, Telefonbücher, Gerichtsverfahren oder Schulklassen der Gegend aufgestellt sein?

Kurz gesagt, jeder Gruppe, jeder Nationalität sollte es erlaubt sein, sich von jedem Nationalstaat abzuspalten und sich jedem anderen Nationalstaat anzuschließen, der zustimmt, sie zu haben. Diese einfache Reform würde einen großen Beitrag dazu leisten, Nationen durch Zustimmung zu etablieren. Den Schotten sollte, wenn sie wollen, von den Engländern erlaubt werden, das Vereinigte Königreich zu verlassen und unabhängig zu werden und sogar einer gälischen Konföderation beizutreten, wenn die Wähler dies wünschen.

Eine gemeinsame Antwort auf eine Welt wuchernder Nationen besteht darin, sich über die Vielzahl von Handelshemmissen Sorgen zu machen, die errichtet werden könnten. Aber bei sonst gleichen Verhältnissen gilt: Je größer die Zahl der neuen Nationen und je kleiner die

Größe der einzelnen, desto besser. Denn es wäre weitaus schwieriger, die Illusion der Selbstversorgung zu verbreiten, wenn der Slogan „Kauft Produkte aus North Dakota“ oder sogar „Kauft Produkte aus der 56. Straße“ lauten würde, als es derzeit ist, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, „amerikanische Produkte zu kaufen“. Ebenso wäre „Nieder mit South Dakota“ oder ein Banner mit der Aufschrift „Nieder mit der 55. Straße“ schwieriger zu verkaufen als die Verbreitung von Angst oder Hass gegenüber Japanern. In ähnlicher Weise wären die Absurditäten und die unglücklichen Folgen von Fiat-Geld viel offensichtlicher, wenn jede Provinz oder jedes Viertel oder jeder Straßenblock seine eigene Währung drucken würde. Eine stärker dezentralisierte Welt würde sich in Sachen Geld viel eher an soliden Marktprodukten wie Gold oder Silber orientieren.

IV. DAS REINE ANARCHO-KAPITALISTEN-MODELL

Ich spreche in diesem Aufsatz das reine anarchokapitalistische Modell an, nicht so sehr, um das Modell an sich zu befürworten, sondern um es als Leitfaden für die Beilegung ärgerlicher aktueller Streitigkeiten über die Nationalität vorzuschlagen. Das reine Modell besagt ganz einfach, dass keine Landflächen, keine Quadratmeterfläche auf der Welt „öffentlich“ bleiben soll; jeder Quadratmeter Landfläche, seien es Straßen, Plätze oder Stadtviertel, wird privatisiert. Eine vollständige Privatisierung würde dazu beitragen, Nationalitätsprobleme zu lösen, oft auf überraschende Weise, und ich schlage vor, dass bestehende Staaten oder klassische liberale Staaten versuchen, sich einem solchen System zu nähern, auch wenn einige Landflächen in Regierungshand bleiben.

Offene Grenzen oder das Problem der Heerlager der Heiligen

Die Frage nach offenen Grenzen oder freier Einwanderung ist für klassische Liberale zu einem sich zuspitzenden Problem geworden. Dies liegt erstens daran, dass der Sozialstaat Einwanderer zunehmend subventioniert, damit sie einreisen und dauerhafte Unterstützung erhalten, und zweitens daran, dass kulturelle Grenzen zunehmend verwischt werden. Ich begann, meine Ansichten zur Einwanderung zu überdenken, als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion klar wurde, dass ethnische Russen dazu ermutigt worden waren, nach Estland und Lettland zu strömen, um die Kulturen und Sprachen dieser Völker zu zerstören. Zuvor war es leicht gewesen, Jean Raspails Anti-Einwanderungsroman *Das Heerlager der Heiligen*, in dem praktisch die gesamte Bevölkerung Indiens beschließt, in kleinen Booten nach Frankreich zu ziehen, als unrealistisch abzutun, und die von der liberalen Ideologie infizierten Franzosen können nicht den Willen aufbringen, die wirtschaftliche und kulturelle nationale Zerstörung zu verhindern. Da sich die kulturellen und wohlfahrtsstaatlichen Probleme verschärft haben, wurde es unmöglich, die Bedenken von Raspail länger zu ignorieren.

Als ich jedoch die Einwanderung auf der Grundlage des anarchokapitalistischen Modells überdachte, wurde mir klar, dass ein völlig privatisiertes Land überhaupt keine „offenen Grenzen“ haben würde. Wenn jedes Grundstück in einem Land einer Person, einer Gruppe oder einem Unternehmen gehören würde, würde dies bedeuten, dass kein Einwanderer dort einreisen könnte, es sei denn, er würde eingeladen und ihm würde erlaubt, eine Immobilie zu mieten oder zu kaufen. Ein völlig privatisiertes Land wäre so „geschlossen“ wie das die jeweiligen Eigentümer wünschen. Es scheint also klar, dass das Regime der offenen Grenzen, das de facto in den USA und Westeuropa besteht, tatsächlich eine unfreiwillige Öffnung durch den

Zentralstaat ist - jener Staat, der für alle Straßen und öffentlichen Landgebiete zuständig ist - und dies nicht die ehrlichen Wünsche der Eigentümer widerspiegelt.

Bei einer vollständigen Privatisierung würden viele lokale Konflikte und Probleme mit „Externalitäten“ – nicht nur das Einwanderungsproblem – sauber gelöst werden. Mit jedem Ort und jeder Nachbarschaft, die privaten Firmen, Unternehmen oder Vertragsgemeinschaften gehören, würde wahre Vielfalt herrschen, in Übereinstimmung mit den Präferenzen jeder Gemeinschaft. Einige Stadtteile wären ethnisch oder wirtschaftlich vielfältig, während andere ethnisch oder wirtschaftlich homogen wären. Einige Orte würden Pornografie oder Prostitution oder Drogen oder Abtreibungen erlauben, andere würden einiges oder alles davon verbieten. Die Verbote würden nicht vom Staat auferlegt, sondern wären lediglich Anforderungen an den Wohnsitz oder die Nutzung der Landfläche einer Person oder Gemeinde. Während Etatisten, die den Juckreiz verspüren, ihre Werte allen anderen aufzuzwingen, enttäuscht wären, hätte jede Gruppe oder jedes Interesse zumindest die Befriedigung, in Nachbarschaften von Menschen zu leben, die ihre Werte und Vorlieben teilen. Obwohl Nachbarschaftseigentum weder eine Utopie noch ein Allheilmittel für alle Konflikte wäre, würde es zumindest eine „zweitbeste“ Lösung darstellen, mit der die meisten Menschen leben könnten.

Enklaven und Exklaven

Ein offensichtliches Problem bei der Abspaltung von Nationalitäten aus zentralisierten Staaten betrifft gemischte Gebiete oder Enklaven und Exklaven. Die Aufteilung des aufgeblähten Zentralstaates Jugoslawien in seine Bestandteile hat viele Konflikte gelöst, indem Slowenen, Serben und Kroaten eine unabhängige Staatsangehörigkeit erhielten. Aber wie sieht es mit Bosnien aus, wo viele Städte und Dörfer durchmischt sind? Eine Lösung besteht darin, durch noch mehr Dezentralisierung mehr davon zu fördern. Wenn zum Beispiel das östliche Sarajevo serbisch und das westliche Sarajevo muslimisch ist, dann werden sie Teil ihrer jeweiligen getrennten Nationen.

Aber das wird natürlich zu einer großen Anzahl von Enklaven führen, Teile von Nationen, die von anderen Nationen umgeben sind. Wie kann man das lösen? Zunächst einmal existiert das Enklave/Exklave-Problem jetzt bereits. Einer der brutalsten Konflikte, in den sich die USA noch nicht eingemischt haben, weil er noch nicht auf CNN gezeigt wurde, ist das Problem von Bergkarabach, einer armenischen Exklave, die vollständig von Aserbaidschan umgeben ist und daher formal zu Aserbaidschan gehört. Bergkarabach sollte eindeutig zu Armenien gehören. Aber wie werden die Armenier von Karabach dann ihr gegenwärtiges Schicksal der Blockade durch Aserbaidschaner vermeiden, und wie werden sie militärische Kämpfe vermeiden, wenn sie versuchen, einen Landkorridor nach Armenien offen zu halten?

Bei einer totalen Privatisierung würden diese Probleme natürlich verschwinden. Heutzutage kauft niemand in den USA Land, ohne sicherzustellen, dass sein Eigentumsrecht an dem Land eindeutig ist; in gleicher Weise wären in einer vollständig privatisierten Welt Zugangsrechte offensichtlich ein entscheidender Teil des Landbesitzes. In einer solchen Welt würden die Karabach-Immobilienbesitzer dann sicherstellen, dass sie Zugangsrechte über einen aserbaidschanischen Landkorridor erworben hätten.

Die Dezentralisierung bietet auch eine praktikable Lösung für den scheinbar unlösbar permanenten Konflikt in Nordirland. Als die Briten Irland Anfang der 1920er Jahre teilten, einigten sie sich darauf, eine zweite, noch detaillierter geplante Teilung durchzuführen. Sie haben dieses Versprechen nie eingelöst. Wenn die Briten jedoch eine detaillierte, nach

Gemeinden aufgeschlüsselte Teilungsabstimmung in Nordirland zulassen würden, würde sich wahrscheinlich der größte Teil des Landes, der mehrheitlich katholisch ist, abspalten und der Republik anschließen: beispielsweise Grafschaften wie Tyrone und Fermanagh, der südliche Teil von Down und der südliche Teil von Armagh. Die Protestanten würden wahrscheinlich Belfast, die Grafschaft Antrim und andere Gebiete nördlich von Belfast behalten. Das größte verbleibende Problem wäre die katholische Enklave innerhalb der Stadt Belfast, aber auch hier könnte eine Annäherung an das anarchokapitalistische Modell erreicht werden, indem der Kauf von Zugangsrechten zur Enklave erlaubt wird.

Bis zur vollständigen Privatisierung ist klar, dass unser Modell angegangen und Konflikte minimiert werden könnten, indem Sezessionen und lokale Kontrolle bis auf die Mikro-Nachbarschaftsebene zugelassen werden und vertragliche Zugangsrechte für Enklaven und Exklaven entwickelt werden. In den USA wird es im Zuge einer solchen radikalen Dezentralisierung für Libertäre und klassische Liberale – in der Tat auch für viele andere Minderheiten oder Dissidentengruppen – wichtig, den größten Wert auf den vergessenen zehnten Verfassungszusatz zu legen und zu versuchen, die Rolle und Macht des zentralistischen Obersten Gerichtshofs zu schwächen. Anstatt zu versuchen, Menschen mit eigener ideologischer Überzeugung an den Obersten Gerichtshof zu bringen, sollte seine Macht zurückgeworfen und so weit wie möglich minimiert und seine Macht in staatliche oder sogar lokale Justizbehörden zerlegt werden.

Staatsbürgerschaft und Wahlrecht

Ein ärgerliches aktuelles Problem konzentriert sich darauf, wer Bürger eines bestimmten Landes wird, da die Staatsbürgerschaft das Wahlrecht verleiht. Das angloamerikanische Modell, bei dem jedes im Staatsgebiet geborene Baby automatisch Staatsbürger wird, lädt eindeutig werdende Eltern zur Einwanderung aus Sozialgründen ein. In den USA zum Beispiel sind illegale Einwanderer ein aktuelles Problem, deren Babys, wenn sie auf amerikanischem Boden geboren werden, automatisch Staatsbürger werden und damit sich selbst und ihre Eltern zu dauerhaften Sozialleistungen und kostenloser medizinischer Versorgung berechtigen. Es ist offensichtlich, dass das französische System, bei dem man als Kind eines Staatsbürgers geboren sein muss, um automatisch Staatsbürger zu werden, viel näher an der Idee einer Nation durch Zustimmung liegt.

Es ist auch wichtig, das gesamte Konzept und die Funktion der Abstimmung zu überdenken. Sollte jeder das „Recht“ haben zu wählen? Rose Wilder Lane, die US-amerikanische libertäre Theoretikerin aus der Mitte des 20. Jahrhunderts, wurde einmal gefragt, ob sie an das Frauenwahlrecht glaube. „Nein“, antwortete sie, „und ich bin auch gegen das Wahlrecht für Männer.“ Die Letten und Esten haben das Problem der russischen Einwanderer mit Nachdruck angegangen, indem sie ihnen erlaubten, dauerhaft als Einwohner zu bleiben, ihnen aber keine Staatsbürgerschaft und damit kein Wahlrecht einräumten. Die Schweizer begrüßen temporäre Gastarbeiter, lehnen jedoch eine dauerhafte Einwanderung entschieden ab, ganz zu schweigen von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht.

Wenden wir uns zur Aufklärung noch einmal dem anarchokapitalistischen Modell zu. Wie würde das Wählen in einer vollständig privatisierten Gesellschaft aussehen? Nicht nur, dass die Abstimmung vielfältig wäre, sondern vor allem: Wen würde das wirklich interessieren? Für einen Ökonomen ist die wohl befriedigendste Form der Stimmabgabe die Aktiengesellschaft, bei der die Stimmrechte proportional zum Anteil am Unternehmensvermögen verteilt sind. Aber es gibt und würde auch eine Vielzahl von privaten Clubs aller Art geben. Es wird in der

Regel davon ausgegangen, dass die Vereinsentscheidungen auf der Grundlage einer Stimme pro Mitglied getroffen werden, aber das ist in der Regel nicht wahr. Zweifellos sind die am besten geführten und angenehmsten Clubs diejenigen, die von einer kleinen, sich selbst erneuernden Oligarchie der fähigsten und interessiertesten Mitglieder geleitet werden – ein System, das sowohl für die einfachen Mitglieder ohne Stimmrecht als auch für die Elite äußerst angenehm ist. Wenn ich beispielsweise Mitglied eines Schachclubs bin, warum sollte ich mir Sorgen um die Stimmabgabe machen, wenn ich mit der Art und Weise, wie der Club geführt wird, zufrieden bin? Und wenn ich daran interessiert bin, Dinge zu leiten, würde ich wahrscheinlich von der dankbaren Oligarchie, die immer auf der Suche nach tatkräftigen Mitgliedern ist, gebeten werden, mich der herrschenden Elite anzuschließen. Und schließlich, wenn ich mit der Art und Weise, wie der Club geführt wird, unzufrieden bin, kann ich problemlos kündigen und einem anderen Club beitreten oder sogar meinen eigenen gründen. Das ist natürlich eine der großen Tugenden einer freien und privatisierten Gesellschaft, egal ob wir einen Schachclub oder eine tragische Nachbarschaftsgemeinschaft in Betracht ziehen.

Es ist klar, dass mit dem Beginn der Arbeit an dem reinen Modell, wenn immer mehr Bereiche und Teile des Lebens entweder privatisiert oder mikro-dezentralisiert werden, das Wählen an Bedeutung verlieren wird. Von diesem Ziel sind wir natürlich noch weit entfernt. Aber es ist wichtig, anzufangen und insbesondere unsere politische Kultur zu ändern, die „Demokratie“ oder das „Wahlrecht“ als oberstes politisches Gut behandelt. Tatsächlich sollte der Abstimmungsprozess bestenfalls als trivial und unwichtig und niemals als „Recht“ betrachtet werden, abgesehen von einem möglichen Mechanismus, der sich aus einem einvernehmlichen Vertrag ergibt. In der modernen Welt ist Demokratie oder Wählen nur wichtig, um entweder der Regierung beizutreten oder sie zu ratifizieren, um andere zu kontrollieren, oder um zu verhindern, dass man selbst oder seine Gruppe kontrolliert wird. Wählen sind jedoch bestenfalls ein ineffizientes Instrument zur Selbstverteidigung, und es ist viel besser, sie durch die vollständige Zerschlagung der Macht der Zentralregierung zu ersetzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wenn wir die Zersetzung und Dezentralisierung des modernen zentralistischen und zwanghaften Nationalstaates vorantreiben und diesen Staat in seine konstituierenden Nationalitäten und Nachbarschaften zerlegen, werden wir gleichzeitig den Umfang der Regierungsmacht, den Umfang und die Bedeutung von Wahlen sowie das Ausmaß sozialer Konflikte verringern. Der Geltungsbereich privater Verträge und freiwilliger Zustimmung wird erweitert, und der brutale und repressive Staat wird allmählich in eine harmonische und zunehmend prosperierende Gesellschaftsordnung übergehen.